

Die OALin eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt eingangs die gemeinsame Tagesordnung vor.

TOP 1: Schulsozialarbeit

Herr Gulbins (Landeskoordinator) und Frau Susanne Lüdtko (SZ Helgolander Str.) stellen die aktuelle Situation des Schulsozialdienstes dar. Danach liegen nach zwei Jahren erfolgreicher Arbeit unterschiedliche Aussagen der Bildungsbehörde zum Fortbestand der Schulsozialarbeit vor. Entgegen der ursprünglichen Erwägung, die 50 aus Bundesmitteln finanzierten Stellen zu entfristen, können nunmehr infolge der Einstellung der Fördermittel zum 31.12.2013 20 Stellen nicht mehr aufrechtzuerhalten werden. Die verbleibenden 30 Stellen werden durch Eigenmittel des Landes bis zum 31.07.2013 erhalten.

Die Schulsozialarbeit schließt die bestehende Lücke zwischen Familien und Schule, da sie vor Ort hilft, individuelle Problemlagen zu entschärfen. Insbesondere in der Arbeit mit Schulverweidern an unterschiedlichen Standorten gibt es Erfolge durch die Vernetzung von Elternhäusern, Schulleitungen und Jugendhilfe über unterschiedliche Arbeitsgemeinschaften mit den SchülerInnen selbst und den Eltern. Die so entstandenen kooperativen Netzwerke würden den betroffenen Schulen infolge des Abzugs der verbliebenen Kräfte verloren gehen und könnten wegen der Personalverknappung im Lehrkörper und unter den SchulsozialpädagogInnen nicht aufgefangen werden. Nicht zuletzt bestehen für die unterschiedlichen Berufsgruppen im Aufgabenprofil kaum Überschneidungen, denn während die SchulsozialarbeiterInnen vor allem bei der Bewältigung lebenspraktischer Umstände (Begleitung zu Arztterminen o.ä.) ansetzen, konzentriert sich die Arbeit der Sozialpädagogen dem Schwerpunkt nach auf die Betreuung „schwieriger“ SchülerInnen.

Ein gemeinsamer Antrag, der die Aufforderung an die Senatorin für Bildung zum Inhalt hat, die unbefristete Weiterbeschäftigung der SchulsozialarbeiterInnen durch finanzielle Zuwendungen zu gewährleisten (Anlage 1) wird einstimmig angenommen.

TOP 2: Lehrerversorgung im Bremer Westen

Martin Reinekehr und Ingo Lenz, sowohl in den Beiräten Walle und Gröpelingen als auch in der Elterninitiative Bremen-West vertreten, unterrichten das Plenum über die Ergebnisse eines Treffens der Elterninitiative zur Lehrerversorgung. An den Schulen Helgolander Str. und GSW kommt es zu keiner zeitnahen Nachbesetzung von Stellen, deren Inhaber in den Ruhestand gegangen sind. Bei der bestehenden Grundversorgung mit Unterrichtsstunden sei vielfach die Improvisationsgabe des Kollegiums gefordert. Die bestehende Überlastungssituation verschärft aber obendrein die Tendenz zur Abwanderung guter Fachkräfte.

Beklagt wird allgemein eine mangelnde Transparenz, da die Bildungsbehörde die Herausgabe entsprechender Plandaten für die einzelnen Bildungseinrichtungen sowohl im Grund- als auch im Oberschulbereich unterbinde. Ein entsprechender Antrag an die Adresse der Bildungsbehörde, die Plandaten für die Schulen des Bremer Westens (Anlage 2) offenzulegen, wird einstimmig angenommen. Die ohnehin knappe Stellenausstattung wird zudem durch Schwangerschaftsvertretungen, die nicht in vollem Stundenumfang ersetzt werden, sowie durch krankheitsbedingte Ausfälle, verschärft.

Ein fraktionsübergreifender Antrag, in dem die Senatorin für Bildung aufgefordert wird, die freiwerdenden Lehrerstellen im Bremer Westen verzuglos nachzubesetzen, die zugewiesenen Stunden auszugleichen sowie Schwangerschaften und Elternzeiten entgegen der bislang üblichen Praxis im vollen Umfang zu ersetzen (Anlage 3), wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Gemeinsame Sitzungen der Bildungsausschüsse zur Schulentwicklung im Bremer Westen

Im Rahmen einer engeren Abstimmung zwischen den Beiratsbereichen im Bremer Westen und um die öffentliche Wirkung über den Stadtbezirk hinaus insgesamt zu steigern, beabsichtigen die Bildungsausschüsse Findorff, Walle und Gröpelingen, verstärkt gemeinsam zu tagen. Insbesondere sollen die Themenkomplexe Standort- und Personalplanung sowie Maßnahmen zur Qualitätssicherung zur Sprache kommen. Die Einzelheiten sollen nach Möglichkeit im Vorwege der Schulanwahlen Mai/Juni 2014 über weitere gemeinsame Fachausschusssitzungen abgestimmt werden; die Beiräte werden sodann zeitnah über die Arbeitsergebnisse in Kenntnis gesetzt.

Die Vorbereitung einer gemeinsamen Planungskonferenz, die für Mai/Juni 2014 in Aussicht genommen wird, soll über weitere gemeinsame Fachausschusssitzungen abgestimmt werden.

Vorsitzende

Sprecher Findorff

Ulrike Pala

Peter Reinkendorf

Sprecher Walle

Sprecherin Gröpelingen

Josef Heseding

Petra Wontorra

Protokoll



Ingo Wilhelms

Beschluss der Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle

Schulsozialarbeit im Bremer Westen

Die Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle fordern die Senatorin für Bildung und Wissenschaft auf, gemeinsam mit der Senatorin für Soziales die erfolgreiche Arbeit der SchulsozialarbeiterInnen durch unbefristete Weiterbeschäftigung zu honorieren.

Darüber hinaus wird eine Ausweitung der Stellen gefordert, um den besonderen Erfordernissen der Schulen des Bremer Westens gerecht zu werden.

Begründung:

Die bisher aus dem Bildungs- und Teilhabe Programm der Bundesregierung finanzierten Schulsozialarbeiterstellen haben in den letzten zwei Jahren ein funktionierendes Netzwerk für die Unterstützung von SchulmeiderInnen aufgebaut, welches erhalten werden muss. Die Arbeit der SchulsozialarbeiterInnen hat nicht nur die Qualität in der Begleitung und Unterstützung von SchülerInnen in schwierigen sozialen Situationen erhöht, sondern erfüllt auch eine wichtige Funktion in der Prävention von Schulvermeidung und Schulversagen.

Die erfolgreiche Arbeit mit SchülerInnen basiert, besonders bei der genannten schwierigen Klientel, auf den Faktoren Beziehung und Kontinuität. Die Beliebigkeit in der Ausstattung der Schulen mit SchulsozialarbeiterInnen wirkt diesen Faktoren direkt entgegen.

Bezogen auf die Situation in den Stadtteilen des Bremer Westens ist bekannt, dass die meisten Oberschulen im Bremer Westen durch die besondere soziale und kulturelle Mischung der Schülerschaft besonders belastet sind. Teilweise finanzieren diese Schulen die Sozialarbeit und -pädagogik durch die Umwidmung ohnehin knapper Lehrerstunden. Diese Situation ist nicht hinnehmbar

Bremen, den 06.12.2013

(anlässlich der gemeinsamen Sitzung der Bildungsausschüsse der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen am 04.12.2013 einstimmig beschlossen)

Gemeinsamer Beschluss der Bildungsausschüsse Findorff, Walle Gröpelingen

Die Fachausschüsse Bildung der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen fordern die Bildungssenatorin auf, den Fachausschüssen folgende Zahlen regelmäßig, unaufgefordert und umgehend nach dem Anmelde- bzw. Anwahlverfahren zur Verfügung zu stellen:

1. Anmeldezahlen der SchülerInnen für 1. Klasse im Bremer Westen.
Wie ist die Entwicklung der Anmeldungen im Vergleich zu den letzten Schuljahren?
 - aufgeschlüsselt nach Schulen
 - Angabe der Anzahl der SchülerInnen mit anerkanntem Förderbedarf
 - Zügigkeit der 1. Klassen je Schule

2. Anmeldezahlen der SchülerInnen für Übergang Klasse 4/5 im Bremer Westen
Wie ist die Entwicklung der Anmeldungen im Vergleich zu den letzten Schuljahren?
 - aufgeschlüsselt nach Schulen
 - Angabe der Anzahl SchülerInnen mit anerkanntem Förderbedarf
 - Angabe der Zahlen der Kinder „über dem Regelstandard“

3. Anmeldezahlen der SchülerInnen für Übergang 4/5 aus dem Bremer Westen
 - aufgeschlüsselt nach Schulen incl. Wanderung:
 - Anzahl SchülerInnen, die einen Platz an ihrer Erstwahlschule bekommen haben
 - Anzahl SchülerInnen, die keinen Platz an einer ihrer Wunschschulen bekommen haben
 - Anzahl SchülerInnen, die ein durchgängiges Gymnasium (Innenstadt) besuchen werden
 - Anzahl SchülerInnen, die sich nach Bremen Nord orientiert haben
 - Anzahl SchülerInnen, die an Privatschulen gewechselt sind

4. Anmeldezahlen der SchülerInnen für Übergang 4 im Bremer Westen
 - aufgeschlüsselt nach Schulen
 - Angabe der SchülerInnen mit anerkanntem Förderbedarf
 - Angabe der Zahlen der Kinder „über dem Regelstandard“

5. Anzahl der SchulübergängerInnen nach Klasse 9 bzw. 10
Wie ist die Entwicklung im Vergleich zu den letzten Schuljahren?
 - aufgeschlüsselt nach Abschlüssen
 - ohne Schulabschluss
 - Übergang in Werkschule
 - Hauptschulabschluss
 - erweiterter Hauptschulabschluss
 - mittlerer Schulabschluss
 - Übergang auf gymnasiale Oberstufe

6. Angabe der Lehrerstellenzuweisungen
 - aufgeschlüsselt nach Schule und Klassenstufen

Begründung

Im Koalitionsvertrag ist ausgewiesen, dass die Bildungsangebote in Gröpelingen ausdrücklich gestärkt werden müssen, damit mehr gute Bildungsabschlüsse gelingen. Dazu brauchen Kinder und Jugendlichen mit ihren Familien verlässliche und besonders gut ausgestattete Angebote für mehr Teilhabe. Durch Zuzüge und überdurchschnittliche Geburtenraten sind weitere erhöhte SchülerInnenzahlen zu erwarten. Der Beirat braucht rechtzeitig detaillierte korrekte Daten im Bereich Bildung im Bremer Westen.

Bremen, den 13.01.2014

(einstimmiger Beschluss der gemeinsamen Bildungsausschüsse Findorff, Walle und Gröpelingen am 04.12.2013)

Beschluss der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen

Die Beiräte Wälle, Findorff und Gröpelingen fordern die Senatorin für Bildung und Wissenschaften auf, sicherzustellen, dass

- frei werdende LehrerInnenstellen in den Schulen im Bremer Westen unmittelbar wieder besetzt werden;
- zugewiesene Stunden im vollen Umfang ausgeglichen werden;
- Stundenausfälle durch Schwangerschaften und Elternzeit im vollen Umfang ersetzt werden.

Begründung:

Von Elternbeiräten wurde wiederholt moniert, dass die Bildungsbehörde ausscheidende Lehrkräfte nicht im vollen Umfang durch Neueinstellungen ersetzt. Die Wiederbesetzung ausscheidender Lehrkräfte ist aber eine entscheidende Voraussetzung für die Verlässlichkeit der Unterrichtsversorgung und für die Planungssicherheit der Schulen. Der Unterricht muss ohne Unterbrechung fortgesetzt werden können. Durch eine frühzeitige und verlässliche Besetzung freiwerdender Stellen, kann eine Einarbeitung und Übergabe stattfinden und damit Kompetenzen der Schule erhalten bleiben. Für die umfangreichen Aufgaben z.B. Inklusion und Integration, gerade im Bremer Westen, ist eine Lehrerversorgung gemäß der Zuweisung die Voraussetzung um alle SchülerInnen zu guten Abschlüssen zu führen.

Die derzeitige Regelung zur Vertretung von Schwangerschaften führt in den Schulen zu großen Problemen, insbesondere wenn es mehrere Schwangerschaften an einer Schule gibt. Dieses Verfahren gefährdet nicht nur die Unterrichtsversorgung, sondern steht auch konträr zu einer modernen Familienpolitik. So ist z.B. die Vertretung für Väter in Elternzeit zurzeit nicht vorgesehen. Dass junge Väter ihr Recht auf Elternzeit nutzen, findet aber inzwischen immer häufiger statt.

Bremen, den 06.12.2013

(anlässlich der gemeinsamen Sitzung der „Bildungsausschüsse“ der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen am 04.12.2013 einstimmig beschlossen)